

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 80 (1986)
Heft: 4

Rubrik: Zeichen der Zeit

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit

In der Schweiz haben Volk und Stände den UNO-Beitritt abgelehnt. Das war zu erwarten. Auf einen Kommentar möchte ich dennoch nicht verzichten. Nicht zu erwarten war, dass die Spanier dem Verbleib ihres Landes in der Nato zustimmen würden. Ich habe mich sogar bei einem gedanklichen Kompensationsgeschäft ertappt: Friedenspolitisch würde das Fernbleiben der Schweiz von der UNO durch den Austritt Spaniens aus der Nato mehr als wettgemacht. Dass es in Spanien anders gekommen ist, dürfen sich die «Sozialisten» um Felipe González als ihr eigenes, zweifelhaftes Verdienst anrechnen. Warum sie nicht anders können oder wollen, wurde hier schon bei anderer Gelegenheit ausgeführt (vgl. NW 1985, S. 94ff. und 334ff.).

Nicht viel Neues wäre auch aus Frankreich zu berichten. Mitterrands taktische Raffinesse ist kein Ersatz für das sozialdemokratische Defizit an konkreter Utopie. Neu an seiner «cohabitation» mit einer bürgerlichen Regierung Chirac ist nur das Wort (als Bezeichnung für ein politisches «Verhältnis») und nicht die Sache. «Cohabitation» als Prinzip (statt als historisch vielleicht notwendiger Klassenkompromiss) gehört schon lange zur Praxis der europäischen Sozialdemokratie – und zu den Ursachen ihres Niedergangs.

Noch gibt es Ausnahmen. Unter ihnen wäre *Olof Palme* zu nennen, der wie kaum ein anderer Politiker für Frieden und Abrüstung, aber auch für die Demokratisierung der Wirtschaft seines Landes (durch die Arbeitnehmerfonds) eintrat. Wurde er am Abend des 28. Februar

das Opfer jener antisozialistischen Hetzkampagne, die auch in Schweden das politische Klima vergiftet? Droht dem demokratischen Sozialismus Gewalt, wann immer er freiwillig nicht bereit ist, sich selbst zu zerstören? Darüber liesse sich erst etwas sagen, wenn wir wüssten, in welchen Diensten der offenbar professionelle Killer stand.

Nebst der Trauerarbeit über die UNO-Abstimmung befassen sich diese «Zeichen der Zeit» mit zwei anderen Ereignissen der vergangenen Wochen: dem Sturz der Diktatoren in Haiti und auf den Philippinen.

Abschied von der Völkergemeinschaft

Die Schweiz ist nicht der 160. Staat in der UNO geworden. Nur ein Viertel der Stimmenden votierte für den Anschluss unseres Landes an die Völkergemeinschaft. Kein einziger Kanton brachte dafür eine Mehrheit zustande. Der 16. März 1986 wird als schwarzer Tag in die Geschichte der Eidgenossenschaft eingehen. «*Nun geht es für die Schweiz ans Bezahlen.*» Dieses Wort ist aktueller denn je. Mit ihm kommentierte Leonhard Ragaz noch am Vortag seines Todes das Fernbleiben der Schweiz von der UNO und – damit verbunden – die «Katastrophe», «dass uns der Sitz des Völkerbundes genommen worden» war (NW 1945, S. 660f.).

Wenn es nach der Mehrheit geht, soll alles bleiben, wie es ist, obschon alles sich verändert, sich verändern muss, ob wir es wollen oder nicht:

– Das *Völkerrecht* entwickelt sich weiter an der Schweiz vorbei; denn die einzige

Organisation, die das Völkerrecht fortbildet und konkretisiert, ist die UNO. Wir haben auf die Mitbestimmung in der Völkergemeinschaft verzichtet. Die Fremdbestimmung, der die UNO-Gegner entgegen wollten, wird nun erst recht Wirklichkeit. Es ist kein Zufall, dass kein einziger Beitrittsgegner unter den (allesamt bürgerlichen) Völkerrechtsprofessoren zu finden war.

– Die einzige Organisation, die in ihrer Verfassung Strukturen des *Weltfriedens* entwirft, geht uns nichts an. Wir haben «den Frieden», wenn wir uns nicht mit ihm befassen. Es ist kein Zufall, dass die vielen prominenten Gegner des UNO-Beitritts uns noch nie als Verfechter einer schweizerischen Friedenspolitik aufgefallen sind.

– Die einzige Organisation, in der die *Dritte Welt* sich Gehör verschafft, wird durch diesen Volksentscheid desavouiert. Das ist nicht nur kein Beitrag zum Nord-Süd-Dialog, das ist dessen demonstrative Verweigerung. Das ist eine Beleidigung der Drittweltländer, jedenfalls der fortschrittlichen unter ihnen. Ist es ein Zufall, dass die sog. Wirtschaft sich in der Abstimmungskampagne so vornehm zurückhielt?

– Die einzige Organisation, die das *Selbstbestimmungsrecht* der Völker postuliert und durch die Entkolonialisierung der 60er Jahre auch zielstrebig durchgesetzt hat, wird von der Schweiz gemieden. Im Namen der Selbstbestimmung!? Was die Schweiz für sich selbst beansprucht, will sie andern nicht zubilligen. Es ist durchaus kein Zufall, dass die grössten Scharfmacher gegen den UNO-Beitritt zugleich als die rührigsten Anwälte des südafrikanischen Apartheidregimes hervorgetreten sind.

– Unglaublich ist nun auch die schweizerische *Menschenrechtspolitik* geworden; denn die UNO ist die einzige Organisation, die den Menschenrechten zu universaler Gültigkeit verhelfen kann. Es ist kein Zufall, dass die Front der UNO-Gegner weitgehend derjenigen

der Opposition gegen das neue Eherecht (wie vormals gegen das Frauenstimmrecht) entsprach. Menschenrecht ist für sie, was dem Stärkeren nützt, in den Beziehungen zwischen den Völkern wie zwischen Mann und Frau. Vor allem das grundlegende Menschenrecht «auf eine soziale und internationale Ordnung» (gemäss Art. 28 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948) wird durch den Volksentscheid vom 16. März mit Füßen getreten. Denn wo anders als in der UNO kann diese «soziale und internationale Ordnung» gefunden und entwickelt werden?

Mit unserer – neutralitätspolitisch verbrämten – Igelneurose sind wir zu *Anarchisten der Völkergemeinschaft* geworden. Wenn nämlich jeder Staat sich so verhielte wie der angebliche «Sonderfall Schweiz», dann gäbe es keine UNO und damit auch keine internationale Ordnung mehr. Ein Staat, der nicht bereit ist, sich in die Völkergemeinschaft zu integrieren, erhebt die Anarchie zum Prinzip seiner Aussenpolitik und sabotiert dadurch die Entwicklung zu einer universalen Rechts- und Friedensordnung. Ein solcher Staat – und sei es die neutrale Schweiz – ist im Grunde nur noch ein *halbierter Rechtsstaat*. Denn zum Rechtsstaat gehört nicht nur die eine Hälfte, dass er sich nach innen ans Recht bindet, sondern auch die andere, dass er das übergeordnete Recht der Völkergemeinschaft und ihrer Organisation anerkennt. Die Einrede der Neutralität hilft da nicht weiter. Es gibt keine Neutralität gegenüber der Völkergemeinschaft und dem sie repräsentierenden Organ, das die UNO bei all ihren Schwächen eben doch ist und immer mehr werden muss.

Im krämerhaften Gefeilsche über die handfesten Vor- und vor allem Nachteile eines UNO-Beitritts hatten unsere sozial-ethischen Überlegungen einen schweren Stand. Sozialethik war diesmal auch bei den *Kirchenleitungen* nicht gefragt. Die katholischen Bischöfe nahmen sich kein Beispiel an ihren nordamerikanischen

Kollegen, die 1983 in ihrem Pastoralbrief «über Krieg und Frieden» bedauerten, «dass manche offensichtlich nicht bereit sind, in den Vereinten Nationen eine bereits existierende Möglichkeit für eine Weltordnung zu sehen und deren Entwicklung zu fördern». Aber auch der Schweizerische Evangelische Kirchenbund schien völlig unbeeindruckt von der positiven Würdigung der UNO durch den Ökumenischen Rat der Kirchen, der schon 1966 von Genf aus «die Kirchen der Welt» dazu aufrief, «alle Angriffe, die die UNO schwächen oder zerstören könnten, abzuwehren und Wege zu suchen und zu befürworten, auf denen sie in ein Instrument verwandelt werden kann, das vollkommen in der Lage ist, den Frieden zu gewährleisten und die Gerechtigkeit in weltweitem Ausmass zu garantieren». (Dafür blieb es dem Schweizerischen Evangelischen Pressedienst in seiner Ausgabe vom 27. Februar vorbehalten, E. Rahms antikommunistische Hetze in der «Memopress», Nr. 1/1986, als «eine wertvolle Übersicht über die Tätigkeit der UNO» zu empfehlen. . .)

Mir wurde übel von dem Gebräu aus Selbstgerechtigkeit, Fremdenfeindlichkeit und Antikommunismus, in dem noch der letzte Rest unserer internationalen Reputation unterging. An der un-solidarischen Volksmehrheit vom 16. März gibt es denn auch nichts zu «respektieren». Vielmehr wäre der Moment gekommen, dass wir uns einer jener Nichtgouvernementalen Organisationen anschliessen sollten, die bei der UNO Beraterstatus haben, um auf diese Weise die «andere Schweiz» gegenüber der Weltorganisation zu vertreten.

Am 16. März haben wir uns aus der Völkergemeinschaft verabschiedet. Jetzt leben wir nur noch in den engen Grenzen eines engen Landes. «Nun geht es für die Schweiz ans Bezahlen.» Denn auch das wusste Ragaz, dass «die *schweizerische malaise*» nur «eine andere Form dieser

Bezahlung» ist, «und zwar nicht die leichteste».

Haiti und die Philippinen: Sturz der Diktaturen oder «Wiederkehr des ewig Gleichen»?

Dass die Schweiz trotz der missglückten UNO-Abstimmung mit der Welt verflochten bleibt, ist dennoch eine Tatsache, aber nicht in jedem Fall eine rühmliche. Wie mit unserem UNO-Votum wird sich das «Ausland» z.B. mit unserem Bankensystem befassen. Die nächste Gelegenheit dazu bietet die von einem US-Kongressausschuss gemachte Feststellung, dass die vor wenigen Wochen gestürzten Diktatoren Marcos und Duvalier einen Teil ihres schamlos zusammengerafften Vermögens bei schweizerischen Geldinstituten in Sicherheit brachten. Sind wir eine «*Nation von Hehlern*» (Lenin), die sich an solchem Diebesgut bereichert, indem sie es gewinnbringend versteckt? Oder sind wir bereit, die Millionen-, wenn nicht Milliardenwerte dieser beiden Diktatoren den bestohlenen Ländern zurückzugeben?

Doch nun zu den *Umständen der Diktatorendämmerung* in der von der westlichen Supermacht beherrschten Dritten Welt. Wer hier nämlich das Sagen hat, zeigte sich beim Sturz der Duvalier und Marcos mit seltener (und von den USA für einmal nicht hintertriebener) Transparenz: Am 7. Februar wurde Haitis «Präsident auf Lebenszeit», Jean-Claude Duvalier, in einer Maschine der US-Luftwaffe aus seinem Land abgeführt. Zuvor hatte Washington gedroht, einen Grossteil der für 1986 zugesagten Wirtschaftshilfe einzufrieren. Ein ähnliches Szenario wiederholte sich am 25. Februar, als der philippinische Diktator Ferdinand Marcos auf Geheiss der USA kapitulierte. Die Weisung des Senators Laxalt, eines Reagan- und Marcos-Freundes zugleich, lautete: «Machen Sie Schluss! Die Zeit ist gekommen.» Vorausgegangen waren die Verurteilung von Marcos' Wahlbetrug durch den US-Senat sowie

der einstimmige Beschluss einer parlamentarischen Kommission, die Militärhilfe auszusetzen und die Hilfsgelder nur noch an private oder kirchliche Institutionen auszuzahlen, solange Marcos im Amt bliebe.

Aus dem Sturz der beiden Diktaturen sind wichtige *Lehren für den Befreiungskampf* der unterdrückten Drittweltländer zu ziehen:

1. Wenn die Volksmassen zu einer *Revolution* entschlossen sind, dann sind sie auch stark genug, diese *gewaltfrei* durchzusetzen. «Baby Doc» Duvalier wurde nicht durch eine feindliche Armee, nicht durch Guerillatruppen und nicht durch einen Bürgerkrieg gestürzt. Zwei Monate Aufruhr und Demonstrationen reichten aus, um den Tyrannen mürbe zu machen. Noch eindrücklicher verlief die gewaltfreie Revolution auf den Philippinen. Hier wurde sich das Volk erstmals seiner Macht bewusst, als im Sommer 1983 zwei Millionen Menschen an der Beerdigung des vom Marcos-Regime ermordeten Benigno Aquino teilnahmen. Als Marcos am 7. Februar dieses Jahres nach einem beispiellosen (für ihn freilich beispielhaften) Wahlbetrug nochmals die Macht an sich reißen wollte, hatte er schon keine Chance mehr. Als seine Panzer gegen das Lager der aufständischen Militärs rollten, blockierten eine Million Menschen die Strassen von Manila. Unter dem Schutz der friedlich demonstrierenden Volksmassen konnte Corazon Aquino als die «vom Volk wahrhaft gewählte Präsidentin» vereidigt werden.

Wo gab es das je in der Geschichte, dass ein ganzes Volk den Bürgerkrieg zwischen Teilen seiner auseinandergebrochenen Armee verhinderte? Einigkeit macht tatsächlich stark, stärker als alle Waffen einer korrupten Herrschaft. Auf den Philippinen hat die Gewaltlosigkeit einen Sieg errungen, der auch auf die übrigen Länder der Dritten Welt ausstrahlen könnte.

Die Frage ist nur, ob das tapfere Volk der Philippinen nicht doch noch um sei-

nen Sieg betrogen wird. Dieselbe Frage stellt sich nach der «Hungerrevolution» von Haiti. Beide Fragen richten sich vor allem an die Adresse der USA.

2. Die USA hatten gewiss ihren Anteil am weitgehend gewaltfreien Ende der beiden Diktaturen. Das zeigt auf der einen Seite, wie sehr die Befreiung der Dritten Welt von der westlichen Supermacht abhinge. Auf der anderen Seite wäre zu fragen, warum sich ausgerechnet Haiti und die Philippinen als *Paradebeispiel einer US-amerikanisch zugelassenen Demokratisierung* eigneten.

Im einen wie im anderen Fall waren die Diktaturen ökonomisch am Ende. Die Verelendung der Massen erzeugte Unruhe, die nur durch einen immer härter zuschlagenden Repressionsapparat niedergehalten werden konnte. Die wichtigere Voraussetzung für den Machtwechsel in Haiti und auf den Philippinen war jedoch, dass hier wie dort die nachrückenden Eliten die ökonomischen und militärischen Positionen der USA nicht bedrohten. Die neuen Regierungen repräsentieren in beiden Fällen noch immer die herrschenden, den ausländischen Kapitalinteressen willfährigen und ihnen auch ideologisch verbundenen Klassen.

In Haiti haben fast lauter Gefolgsleute Duvaliers die Macht übernommen. Der «Tages-Anzeiger» vermutet, «dass hier mit US-amerikanischer Inspiration etwas versucht wird, das nach einem Duvalier-Regime ohne Duvalier riecht» (10.2.1986). Auch Corazon Aquino hat sich mit viel zu vielen Günstlingen des Marcos-Regimes umgeben. Selbst ihr Verteidigungsminister ist der alte geblieben: Juan Ponce Enrile, der während 20 Jahren Marcos treu gedient hatte, aber gerade noch rechtzeitig die Fronten wechselte. Laut «Spiegel» hören sich die Namen der neuen Minister an, als sei Aquino «eine grosse Koalition mit Marcos eingegangen, nur eben ohne Marcos» (3.3.1986). Es fehlen die Vertreter der Arbeiter und Bauern, immerhin 90 Pro-

zent des Volkes, das Frau Aquino an die Macht gebracht hat.

Wie sollen diese, an den Interessen der Massen vorbei gebildeten Regierungen in der Lage sein, der formal demokratischen Revolution die notwendige soziale folgen zu lassen? Haiti ist der ärmste Staat ganz Lateinamerikas. Vier Fünftel der Haitianer verdienen umgerechnet nicht mehr als 10 bis 15 Franken im Monat. Sie werden ausgeblutet durch die paar hundert Familien, die mit dem Duvalier-Clan kollaborierten. Wie soll nun ausgerechnet eine Regierung, die eben diese Oligarchie vertritt, der Ausbeutung ein Ende bereiten? Ähnlich liegen die Dinge auf den Philippinen, mit einem monatlichen Pro-Kopf-Einkommen von 65 Franken. Was die Bauern hier vor allem benötigen, ist das Land, das ihnen die Grossgrundbesitzer vorenthalten, unter ihnen auch Frau Aquino mit ihrer «Hacienda Luisita». Von Landreform ist in den Verlautbarungen der neuen Regierung jedenfalls nicht die Rede. Aquino baut wohl den Unterdrückungsapparat des Marcos-Regimes ab; schwieriger wird es für sie sein, die Privatarmeen zu entwaffnen, die im Dienst einiger Grossgrundbesitzer die Bevölkerung terrorisieren.

3. In Haiti wie auf den Philippinen hat die *katholische Kirche* beim Sturz der Diktaturen, mit denen sie selbst noch bis vor kurzem eng liiert war, eine *entscheidende Rolle* gespielt. Wie ist es dazu gekommen? Gewiss, das «amerikanische» Argument, dass die neuen Regierungen die herrschenden Kapitalinteressen nicht gefährdeten, dürfte auch den Kirchenleitungen das Umdenken erleichtert haben. Hinzu kam im Fall Haitis die Angst vor der weiteren Ausbreitung des Voodoo-Kultes und des Sektenwesens, die beide die Vormachtstellung des Katholizismus bedrohten. Wollte die Kirche ihren Einfluss auf die Massen nicht verlieren, so musste sie ihre jahrhundertealte Komplizenschaft mit der Macht für einmal aufgeben. Sie liess dem verelendenden Volk

ihre Stimme, was gleichbedeutend wurde mit der Forderung nach dem Sturz des Tyrannen. Das brauchte nicht nur Opportunismus zu sein, aber opportun war es auf jeden Fall. Was der Kirche noch fehlt, sind politische Führer, die in der Lage wären, die katholische Soziallehre in die Praxis umzusetzen. Insofern spielt die haitianische Kirche mehr auf «Risiko» als die philippinische.

Für die philippinische Kirchenleitung übernimmt die Aquino-Regierung vor allem die Rolle eines Bollwerks gegen den Marxismus. In den vergangenen Monaten sind immer mehr Gläubige und sogar Priester zu den marxistisch orientierten Guerillas der «Nationalen Volksarmee» übergelaufen. Die kirchliche Parteinahme für Frau Aquino lag daher im Interesse der Kirche selbst. Da durften plötzlich auch die 13'000 Priester und Nonnen als «soziale und politische Führer» auftreten, was ihnen Johannes Paul II. bei seinem Pastoralbesuch vor fünf Jahren noch strikte untersagt hatte. Um die neugewonnene führende Rolle weiterzuspielen, wird die Kirche nun versuchen, ihre «interklassistische», d.h. auf «Klassenversöhnung» ausgerichtete Soziallehre als Heilmittel für die sozialen Probleme des Landes anzubieten. Damit hat sie zwar andernorts schon mehrmals Schiffbruch erlitten, zuletzt in Chile unter der christlichdemokratischen Regierung von Eduardo Frei. Doch sieht es nicht danach aus, als habe die Kirche seither viel dazugelernt. Engagierte Christen werden sich daher schon bald von diesem «christlichen», einem Drittweltland überhaupt nicht entsprechenden Modell abwenden und für eine sozialistische Lösung optieren. Der Konflikt mit der Hierarchie ist vorprogrammiert.

4. Was Haiti und den Philippinen bevorsteht, ist die «*Wiederkehr des ewig Gleichen*» (vgl. NW 1983, S. 260ff.): Die soziale Revolution, die notwendig wäre, um auch nur die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen, lässt sich unter den Bedingungen, die eine bürgerliche

Regierung, die US-Administration und – nicht zu vergessen – die Weltbank diktieren, niemals verwirklichen. Früher oder später werden sich die enttäuschten Volksmassen einem sozialistischen Entwicklungsmodell zuwenden. Und die Reaktion von seiten der USA und der katholischen Kirche wird nicht ausbleiben – wie in Chile, das während der Volksfrontregierung Allende ökonomisch destabilisiert und schliesslich durch eine kirchlich abgesegnete Militärdiktatur dem US-Imperialismus erhalten wurde.

Dieser Teufelskreis liesse sich nur nach dem Beispiel Kubas oder Nicaraguas durchbrechen. Das ist denn auch der Grund, warum deren Sozialismus von der US-Regierung als «totalitär» denunziert wird, derweil gerade sie nicht bereit ist, ihren Totalitätsanspruch auf Drittweltländer wie Haiti oder die Philippinen preiszugeben und sie aus der Abhängigkeit vom «totalen Markt» (vgl. NW 1984, S. 310ff.) zu entlassen.

Hinweise auf Bücher

Karl Barth: *Mit dem Anfang anfangen*. Lesebuch. Hg. von Rolf Joachim Erler und Reiner Marquard. Theologischer Verlag Zürich, 1985. 152 Seiten, Fr. 22.–.

Zum 100. Geburtstag von Karl Barth hat unser Freund und Mitarbeiter Rolf Joachim Erler zusammen mit Reiner Marquard dieses Lesebuch herausgegeben. In acht Kapiteln vermittelt es auf knappem Raum einen erstaunlich reichhaltigen Einblick in Leben und Werk des «grossen Theologen» – ein Begriff, den Barth allerdings zum «hölzernen Eisen» (S. 146) erklären würde. Da kommt sein ganzes Credo zum Ausdruck: Gnade ist alles, was der Mensch braucht (Kap. I), und nicht etwa Religion, diese verstanden als menschlicher Griff nach der Wahrheit (Kap. II). Glaube ist eine Entscheidung für Jesus Christus (Kap. III), die Freiheit schenkt und von unfreien Ideologien, auch den «christlichen», befreit (Kap. V). Der Seelsorger leidet mit in fröhlicher Gelassenheit (Kap. VI), die weiss, dass «Mephistopheles abwesend», das Böse überwunden ist (Kap. VII). Das Menschsein vor Gott erfüllt sich im Dank, immer wieder mit dem Anfang anfangen zu dürfen (Kap. VIII).

Der «Anfang»: das ist das «Reich Gottes», das Jesus «ins wirkliche Leben hineingerufen» (S. 129) hat, und nicht die «Religion». Diese nimmt niemand ernst. «Ernst sind nur Kräfte. Darum hat doch z.B. der Kapitalismus die Religion nie ernst genommen. . . Darum nimmt der Militarismus die Religion so wenig ernst, dass er ganz ruhig Feldprediger anstellt, die auf Feldkanzeln zwischen zwei Geschützen ihre Gesinnungssprüchelein sagen dürfen, wie die Spatzen, die zwischen den Zähnen eines Krokodils herumhüpfen» (S. 28).

Als Kraft ernst genommen wird der Sozialismus. In einem Brief an einen Ingenieur in der DDR schildert Barth, wie er nahe daran war, «von den Sozialisten zum aargauischen Regierungsrat gewählt zu werden» (S. 83), und warum er später der SPD beitrug. Es folgt der bedenkenswerte Satz: «Dass ich heute nicht nur kein Glied ihrer Partei mehr bin, sondern auch mit Unmut und Wehmut zur Kenntnis nehme, dass dieselbe Partei von damals heute in der Schweiz wie in Deutschland so lendenlahm geworden ist, steht auf einem anderen Blatt» (S. 83). Besondere Ermutigung bekommen die Christen in den Oststaaten, was im Falle Ungarns zu einem harten Strauss mit Emil Brunner führt (S. 99). Es fehlt auch nicht der berühmte, von der NZZ seinerzeit heftig angegriffene Brief «an einen Pfarrer in der DDR» (S. 37f.), worin der Abschied vom Staatschristentum in den sozialistischen Staaten nicht nur negativ beurteilt wird (schade, dass die Stelle über die «Fleischtöpfe Adenauers» ausgelassen wurde).

Schöne Zeugnisse aus Barths letzten Jahren sind seine «Lebensregeln für ältere Menschen in ihrem Verhältnis zu den jüngeren» (S. 114f.) und ein Brief an Carl Zuckmayer, das Dokument der späten Freundschaft zwischen dem Theologen und dem Schriftsteller, in dessen Werk ebenfalls «Mephistopheles abwesend» (S. 124) ist.

Wer den Theologen und vor allem auch den Menschen Barth kennenlernen will, der greift mit Gewinn zu diesem Lesebuch, das uns eindrücklich lehrt, mit dem wirklichen Anfang anzufangen. Willy Spieler

August E. Hohler: *Hoffnung am Abgrund*. Versuche, der Ohnmacht zu widerstehen. Ex libris Verlag Zürich, 1985. 152 Seiten, Fr. 18.50.

Der Verfasser dieses – wie man früher gesagt hätte – «existentiellen» Buches schrieb mir auf einer Karte, die das wertvolle Geschenk begleitete: «Obwohl es kaum ‚christlich‘ ist, scheinen mir die Gedanken darin